

**Stellungnahme der VERBUND AG
zum Entwurf der
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit
der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden
(Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 - SNE-VO 2012)**

Europa braucht wegen des massiven Windkraft- und Photovoltaikausbaus dringend Stromspeicher und Anlagen zur Bereitstellung flexibler und leistbarer Ausgleichs- und Regelenergie. Pumpspeicherkraftwerke stellen dafür die mit Abstand effizienteste und umweltfreundlichste Technologieoption dar.

Österreich wäre aufgrund seiner Topographie, der bestehenden Speicherkraftwerksstandorte sowie des besonderen Know-hows seiner Unternehmen sowohl auf der Lieferanten- als auch auf der Betreiberseite in der Lage, einen wesentlichen Teil dieser Aufgabe für Europa zu übernehmen. Österreichische Stromerzeuger besitzen schon heute 3.000 MW Pumpspeichieranlagen und planen für die Umsetzung der Energiewende bis 2020 die Errichtung von weiteren derartigen Kraftwerken mit einer Leistung von 4.000 MW. Damit würde Österreich einen wertvollen Beitrag für den Einsatz von volatilen Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Europa leisten können.

Das dafür vorgesehene Investitionsvolumen von rund 4 Mrd. Euro führt zu zusätzlichen nachgelagerten Investitionseffekten in gleicher Höhe (vgl. IWI Studie, Volkswirtschaftliche Bedeutung der Stromwirtschaft) und sichert 52.000 Vollzeitarbeitsplätze. Diese Investitionen werden aber nur getätigt, wenn sich die Projekte nach internationalen Vorgaben rechnen.

Die Rentabilität von Pumpspeicherkraftwerken ist aber massiv gefährdet, weil die sogenannten Pump-Spreads in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind und dies auch für die kommenden Jahre so bleiben wird. Damit bedeutet jegliche Mehrbelastung, wie nun in der SNE-VO 2012 vorgesehen, eine weitere Schmälerung möglicher Renditen. Und darüber hinaus bedeutet die nicht im europäischen Kontext stehende Tarif-Erhöhung eine zusätzliche einseitige Belastung der österreichischen Projekte. Der Betrieb von österreichischen Pumpspeicherkraftwerken gegenüber den Anbietern in den Nachbarländern weist schon jetzt einen tarifbedingten Kostennachteil von 15 % (vgl. Studie Frontier Economics) auf, der nun noch weiter anwachsen würde.

Fakt ist, dass Europa die für die Integration der schwer planbaren Windkraft- und Photovoltaikanlagen dringend notwendige Ausgleichs-, Regel und Speicherkapazitäten braucht und diese auch gebaut werden. Wenn wir unsere komparativen Vorteile in Österreich durch zusätzliche Abgaben ins Negative kehren, dann werden diese Investitionen und deren positiven volkswirtschaftlichen Effekte in den Nachbarländern realisiert.

Hauptanliegen von VERBUND:

- Die SNE-VO 2012 stellt einen weiteren Schritt in eine seit geraumer Zeit erkennbare Richtung einer Verschiebung von Netzkosten von den Verbrauchern hin zu den Erzeugern dar. Dies ist schädlich für die österreichische Wirtschaft und wird sich letztlich auch negativ auf die Verbraucher auswirken. Eine weiterer Belastungsanstieg der Erzeugung ist absolut kontra-produktiv und abzulehnen.
- VERBUND spricht sich grundsätzlich gegen die Belastung der Stromerzeuger mit Netzverlustentgelten aus, ganz besonders aber gegen die zusätzliche Verrechnung von Netznutzungsentgelten für Pumpspeichieranlagen.
- Die Anhebung der Netznutzungsentgelte um ca. 60 % und des Systemdienstleistungsentgelts um rund 20 % führt - bei annähernd gleichbleibenden Netzverlustentgelten für Pumpspeichieranlagen - zu einer tariflichen Mehrbelastungen im Vergleich zum Vorjahr von ca. 30 %. Eine solche Anhebung ist überbordend und sachlich in keiner Weise gerechtfertigt.

VERBUND bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zur SNE-VO 2012.

Generelle Anmerkungen von VERBUND:

Für eine hoch industrialisierte Volkswirtschaft wie Österreich, ist eine sichere Stromversorgung von höchster strategischer Bedeutung. Seit Jahren erleben wir – mit wenigen Ausnahmen - Stromverbrauchswachstumsraten von rund 2 % und seit 2001 ist Österreich ein Nettoimporteur von Strom. Im Ökostromgesetz 2011 wurde festgeschrieben, dass Österreich bis 2015 bilanziell stromautark sein soll – ein klarer Auftrag zum Ausbau der heimischen Erzeugungskapazitäten, der durch entsprechende investitionsfördernde Rahmenbedingungen flankiert werden muss.

Der nun vorgelegte Entwurf der Regulierungskommission für die Entgelte für die Systemnutzung für 2012 (SNE-VO) sieht massive Erhöhungen beim von allen Erzeugern zu entrichtenden Systemdienstleistungsentgelt, insbesondere aber beim Netznutzungsentgelt vor. Letzteres ist nur von den Pumpspeichern zu zahlen, weil diese trotz ihrer ganz spezifischen Aufgabe, als klassische Entnehmer qualifiziert werden.

Dieser Trend der letzten Jahre, Systemnutzungsentgelte mehr und mehr von den Abnehmern zu den Erzeugern zu verschieben, hat jedoch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit von Kraftwerksanlagen und Investitionsprojekten. Eine Vorgangsweise, die nicht nur der Intention des Ökostromgesetzes 2011 sondern auch jener der Energiestrategie Österreich aus 2010, die ebenfalls einen verstärkten Ausbau der Wasserkraft vorsieht, diametral entgegensteht.

Diese Rentabilitätsverschlechterung hat wiederum Folgewirkungen auf mehreren Ebenen: zum Einen ändert sich die Kraftwerkssteuerung bzw. Einsatzplanung, also die Entscheidung, ob ein Kraftwerk in einer bestimmten Preissituation überhaupt zum Einsatz kommt oder nicht bzw. wie es gefahren wird. Zum anderen werden nicht nur kürzlich in Betrieb gegangene bzw. sich in Bau befindliche Projekte wirtschaftlich gefährdet sondern auch geplante Investitionsprojekte ganz erheblich in Frage gestellt, weil bereits durch die Preisentwicklung der letzten 2 Jahre die Profitabilität vieler Kraftwerke an sich – und auch im internationalen Wettbewerb - erheblich beeinträchtigt wurde.

Der Ausbau der heimischen Energieversorgung, speziell der erneuerbaren Kraftwerksanlagen und der effizienten Gaskraftwerke ist sowohl aus energie- als auch aus konjunkturpolitischen Überlegungen sinnvoll und notwendig. Dabei stellt besonders der Ausbau der Pumpspeicherkapazitäten einen Eckpfeiler dar, spielen diese doch bei der Integration der rasch zunehmenden Erzeugung volatiler Wind- und Sonnenenergie eine zentrale Rolle. Das kommt auch in der Energiestrategie Österreich aus 2010 klar zum Ausdruck, wo Ausbau und Absicherung der Speicherkraftwerke genau deshalb als eigene Maßnahme angeführt werden.

Der enorme Ausbau der Windenergie in der EU-27 (geschätzte installierte Leistung im Jahr 2030 bei 350.000 bis 400.000 MW) stellt sowohl für das Strommanagement im Sinne der

jederzeitigen Versorgungssicherheit selbst, als auch für das Stromnetz eine enorme Herausforderung dar. Um diese zu meistern, bedarf es nicht nur einer massiven Ausweitung der Übertragungsnetzkapazitäten (bedingt durch das regionale Auseinanderfallen von Erzeugung und Verbrauch) sondern auch einer massiven Zunahme von Back up- und Pufferkapazitäten sowie von Ausgleichs- und Regelkraftwerken (bedingt durch das zeitliche Auseinanderfallen von Erzeugung und Verbrauch). Dafür sind Pumpspeicherkraftwerke prädestiniert, weil sie die mit Abstand effizienteste, kostengünstigste und darüber hinaus umweltfreundlichste großtechnische Stromspeichertechnologieoption (leistbare Investitionen, lange Lebensdauer, hohe Wirkungsgrade) darstellen und durch ihre flexible Einsatzweise erheblich zur Systemsicherheit beitragen.

Eine jüngst fertig gestellte Studie des renommierten Beratungsunternehmens Frontier Economics (eine Kurzfassung der Studie liegt bei) zeigt die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Pumpspeicherausbaus in Österreich überdeutlich auf. Darin werden nicht nur die energietechnischen und ökologischen Aspekte sondern auch die ökonomischen Effekte für Verbraucher und Gesamtwirtschaft beleuchtet.

Fazit der Studie: Pumpspeicher leisten einen wesentlichen Beitrag sowohl zur Netzentlastung als auch durch ihre rasche Einsetzbarkeit zur Netzstabilität. Bei einem in Zeiten hoher Windeinspeisung vorliegenden Energieüberschuss im Netz, können sie durch Pumpen dafür sorgen, dass geförderte, saubere Windenergie nicht vom Netz genommen und vernichtet werden muss sondern zwischengelagert werden kann – um damit später „konventionelle“ Erzeugung substituieren. Dadurch reduziert sich die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten, was diese billiger werden lässt und was den Endverbrauchern zu Gute kommt.

Nach Berechnungen von Frontier Economics senkt die Errichtung von Pumpspeicherkapazitäten in Höhe von 1.000 MW in Österreich die Stromrechnung der Verbraucher in ganz Europa um rund 50 Mio. € (hervorgerufen durch die geringeren CO₂-Preise). Gleichzeitig würde dies 8.000 bis 16.000 Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) in Österreich schaffen. Dazu kommen noch Effekte wie zusätzliche Steuereinnahmen für den Staat, eine Förderung der lokalen Wirtschaft und eine verbesserte Handelsbilanz durch den Export des Pumpspeicherstroms.

Seit dem Jahr 2009 kommt es in Österreich zu einer sukzessiven Umschichtung der Tarifbelastung hin zur Stromerzeugung. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung von ENTSO-E (2011), die zeigt, dass im überwiegenden Teil ihrer Mitgliedstaaten die von den Erzeugern zu tragende sogenannte G-Komponente der Übertragungsnetzkosten Null ist - ausgenommen die skandinavischen Länder, UK, Irland und eben Österreich.

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten und von Pumpspeichern zusätzlich mit Netznutzungsentgelten wirkt sich – wie schon in der Vergangenheit vielfach betont - negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromversorgungsunternehmen aus, weil dadurch die notwendigen Rentabilitäten für solche kapitalintensiven, risikoreichen und langfristig angelegten Großprojekte zur Bereitstellung von Ausgleichs-, Regelenergie und Speicherkapazität gefährdet werden. Dazu kommt noch, dass unsere Nachbarländer Italien und Schweiz sowie Deutschland bei neuen Pumpspeicherkapazitäten keine Belastungen des Pumpstroms mit Netzentgelten vorsehen. Somit erwächst entsprechenden Anlagen in Öster-

reich schon derzeit ein Kostennachteil in der Größenordnung von rund 15 % (vgl. Studie Frontier Economics). Dieses Wettbewerbsmanko ist für österreichische Anbieter von Regel- bzw. Ausgleichenergie extrem nachteilig, weil es insbesondere in Deutschland einen enormen Bedarf an diesem Produkt gibt. Zudem werden alternative Speichertechnologien gegenwärtig sowohl national als auch EU-seitig großzügig gefördert, was wiederum Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Pumpspeicher zur Folge hat und dadurch eine bewährte und profitable Technologie aus dem Markt gedrängt werden könnte.

Der nun vorliegende Entwurf zur Novelle der SNE-VO 2012 prolongiert nicht nur die bereits bestehenden Belastungen für Erzeuger sondern bringt sogar zusätzliche. Für die einer Doppelbelastung unterliegenden Pumpspeicher bedeutet das, je nach Einsatzszenario, ein Systemkostenplus von bis zu ca. 40 % beim Pumpbetrieb und von etwa 10 % bei der Einspeisung – in Summe sind dies für 2012 tarifbedingte Mehrkosten von rd. 30 % gegenüber 2011. Für den Kraftwerkspark der VERBUND Hydro Power, der neben Pumpspeicherkraftwerken, normale Speicherkraftwerke und vor allem eine Vielzahl von nachhaltigen Laufkraftwerken umfasst, kommt es zu einem Kostenzuwachs von 15 %. Diese Belastungssteigerung ist für langfristig agierende Investoren, die in erster Linie auf stabile Rahmenbedingungen achten, alles andere als vertrauensfördernd.

Sollte die Belastung der Pumpspeicherkraftwerke mit den Netzgebühren in der geplanten Höhe tatsächlich in Kraft treten, ist der weitere Ausbau der Pumpspeichieranlagen höchst gefährdet - auch vor allem wegen der sich seit einigen Jahren stetig verengenden Pump-Spreads. Je nach einsatzbedingten Volllaststunden (Annahme zwischen 700 und 1.500) beträgt die Belastung der erzeugten Megawattstunde zwischen 5,5 und 7 €/MWh. Im Vergleich zu den mit einem guten Einsatzmanagement erzielbaren Pump-Spreads der vergangenen 2 Jahre in der Bandbreite von 15 bis 20 €/MWh bedeutet das eine Erlösschmälerung zwischen 30 und 50 %. Unter Einberechnung der kalkulatorischen Kosten für die Abschreibung und für die Betriebsführung und Einsatzoptimierung verschärfen sich die kurz- und mittelfristigen Rentabilitätsprobleme.

Wenn hinter der immer weiter angezogenen Belastungsschraube für die Stromerzeugung die Überlegung steht, die Netzkostenkomponente auf der Endkundenrechnung zulasten der Energiekomponente zu senken, um dadurch den Wettbewerb zu stimulieren, dann sollte dabei bedacht werden, dass diese Vorgehensweise für den Endkunden bloß ein Nullsummenspiel darstellt, auf den österreichischen Strommarkt jedoch gravierende Auswirkungen haben wird. Die mangels ausreichender Rentabilität ausbleibenden Investitionen in die Erzeugungsinfrastruktur im Inland verringern nicht nur den angestrebten hohen Grad an Eigenversorgung bzw. Erzeugungsautarkie, sondern schmälern auch die inländische Wertschöpfung und werden mittelfristig unweigerlich zu einer höheren Importabhängigkeit, geringerem BIP-Wachstum, weniger Arbeitsplätzen, weniger Steuereinnahmen und höheren Strompreisen führen.

Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:

§ 4 Netznutzungsentgelt

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt belastet. VERBUND lehnt diese Regelungen als gesetz- bzw. verfassungswidrig ab, es wurden bereits Klagen gegen die Netzbetreiber eingebracht. Zwischenzeitig hat der Verfassungsgerichtshof die SNT-VO 2009, 2010 und 2011 aufgehoben.

Die SNE-VO 2012 sieht nun eine massive Erhöhung der Netznutzungsentgelte für Pumpspeicher vor. Die Verdoppelung der Leistungskomponente von 1.000 €/MW auf 2.000 €/MW und eine Erhöhung der Arbeitskomponente von 0,75 €/MWh auf 0,8 €/MWh ist weder gerechtfertigt noch akzeptabel. Eine solche Erhöhung belastet die vorhandenen Pumpspeicherkraftwerke von VERBUND mit zusätzlich ca. 1,8 Mio. Euro p.a. (ein Kostenplus von über 60%). Vor dem Hintergrund aktuell tiefer Pump-Spreads erschwert eine solche Maßnahme – wie einleitend gesagt - den Einsatz der bestehenden und den Bau von neuen Pumpspeicherkraftwerken. Das Argument aus den Erläuterungen, dass es seit dem 1.1.2009 zu „keiner signifikant veränderten Einsatzdynamik gekommen sei“ und daher eine Annäherung an den Leistungspreis der Netzebene 1 gerechtfertigt sei, ist in keiner Weise nachvollziehbar.

Es gilt zu bedenken, dass Pumpspeicherkraftwerke Preisvolatilitäten bzw. Preisdifferenzen zwischen Peak/Off-peak nutzen, dies jedoch bei geringen Volumina und sehr kurzen Einsatzdauern. Die Erhöhung insb. des Leistungspreises wird sich mit Sicherheit auf die Einsatzplanung durchschlagen und wird dazu führen, dass Pumpspeichieranlagen aus Kostengründen nicht zum Einsatz kommen (insb. in der zweiten Monatshälfte werden diese Überlegungen schlagend werden).

§ 6 Netzverlustentgelt

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. VERBUND lehnt die Einbeziehung der Erzeugung grundsätzlich ab.

§ 8 Systemdienstleistungsentgelt

Die Überwälzung der Kosten der Sekundärregelung und der Tertiärregelung auf die inländischen Erzeuger entspricht nicht der Verursachungsgerechtigkeit und ist in keiner Weise sachlich gerechtfertigt. Bei der vorgeschlagenen Regelung erwächst den inländischen Erzeugern ein Wettbewerbsnachteil und eine Diskriminierung gegenüber den ausländischen Anbietern.

§ 11 Bestimmung von Entgelten für sonstige Leistungen

Laut Erläuterungen geht die Regulierungskommission davon aus, dass bei integrierter Rechnungslegung für Netz und Energie die in § 11 festgelegten maximalen Mahngebühren auch für den Lieferanten gelten sollen („Die Regulierungskommission geht in diesem Fall davon

aus, dass dabei die in dieser Verordnung für den Netzbetreiber festgelegten Mahnspesen nicht überschritten werden"). Normadressat dieser Bestimmung soll aber laut § 58 EIWOG der Netzbetreiber sein. Aus Sicht von VERBUND ist eine Festlegung von Mahnspesen nur für den Netzbetreiber, nicht aber für den Lieferanten durch die Verordnungsermächtigung in § 58 möglich. Daher lehnt VERBUND eine Verpflichtung der Lieferanten aus formalen Gründen ab.

§ 12 Verrechnung der Entgelte

Da die Rechnungslegung durch den Lieferanten erfolgt, ist analog zu § 82 Abs. 4 EIWOG auch hier eine Frist für die Übermittlung der Rechnung an den Lieferanten durch den Netzbetreiber zu bestimmen, damit die 8 Wochen Gesamtdauer eingehalten werden können. VERBUND schlägt folgende Ergänzung vor:

*§ 12. (1) Die Rechnungslegung hat spätestens acht Wochen nach der für die Abrechnungsperiode relevanten Zählerstandsermittlung zu erfolgen. **Der Netzbetreiber hat die Rechnung über die Systemnutzungsentgelte innerhalb von 4 Wochen an den Lieferanten zu übermitteln, sofern der Lieferant auch die Rechnung über die Netznutzung legt.***

Kontakt:

Wien, November 2011

VERBUND AG
Mag. Roland Langthaler
Am Hof 6a, 1010 Wien
Tel: +43 (0)50313-53116
e-mail: roland.langthaler@verbund.com
www.verbund.com